

EUR 1,-

aktiv

Selbstdruckausgabe

Aktuelle Informationen

Hergestellt von: Bewegung für Sozialismus (föj)

Nummer 5 des 45. Jahrgangs am 28. Februar 2018

Sonntagsreden

Für direkte Demokratie fehlt Österreichs Politikern einfach die demokratische Reife

“Es ist zwar ein Wahltag heute, der viele interessante Aspekte aufwirft, aber bundespolitisch war ohne Zweifel die Debatte ums Rauchen und das dazugehörige Volksbegehren und die daraus entstandene Verwicklungen für die Regierungsparteien das Thema der Woche. Star oder Statist? Welche Rolle spielt das Volk? Das wollen wir heute besprechen.” Und weiter zum “Don’t Smoke”-Volksbegehren: “Das wäre alles gar nicht so aufregend, wenn Rauchen in Lokalen und die Möglichkeit dazu nicht eine Koalitionsbedingungen der FPÖ gewesen wäre und jetzt plötzlich in Frage gestellt wird.”

Soweit die Einleitung von Tarek Leitner zur Diskussion “Im Zentrum” am Sonntag im ORF. Eigentlich hätte man sich danach die Diskussion sparen können, denn damit war schon alles gesagt. Ja, sicher, über die Tiroler Landtagswahlen zu reden wäre wohl ziemlich fad gewesen und hätte kaum “interessante Aspekte” aufgeworfen. Denn Tirol bleibt Tirol bleibt schwarz — weil es immer schon so war. Ende der Debatte. Also redet man über Fragen der direkten Demokratie. Das tut man aber eben nicht deswegen, weil derzeit gleich drei Volksbegehren laufen, sondern deswegen, weil eines davon die Bundesregierung in die Bredouille bringt.

Wenn dann in der Diskussion immer wieder beklagt wurde, daß das in Österreich mit der direkten Demokratie vor allem deswegen ein Problem sei, weil Volksbegehren meistens von politischen Parteien initiiert oder zumindest instrumentalisiert werden, ist genau das Zustandekommen dieser Diskussionssendung ein Beweis dafür — der ORF setzt nicht einfach wegen eines Volksbegehrens eine Diskussion an. Nein, denn Volksbegehren als solche sind in Österreich eben

Wer in Österreichs Landen wählen darf

Eigentlich sollte es ja ganz einfach sein: Wer seinen Hauptwohnsitz in einem Bundesland hat und vor mehr als 16 Jahren geboren ist, ist zum Landtag wahlberechtigt. Wer woanders wohnt, nicht. Damit wären dann alle Erwachsenen, die von der Landesverwaltung betroffen sind, wahlberechtigt. Nur so ist es halt nicht. In Wien wollte man es so haben, aber die Bundesverfassung bindet halt das Wahlrecht auch auf Landesebene an die Staatsbürgerschaft. Aber zumindest bei jenen Menschen, die einen hiesigen Paß besitzen, ist die Sache eindeutig.

Bei Landtagswahlen in Tirol und NÖ ist aber auch das nicht so. Ja, die hauptgemeldeten österreichischen Staatsbürger sind alle wahlberechtigt. In Tirol aber auch die Auslands Tiroler. Es gibt zwar keine Tiroler Staatsbürgerschaft und die Heimatscheine sind auch längst Geschichte, aber wer vor seiner Auswanderung seine letzten Hauptmeldung in Tirol hatte, darf in Tirol noch 10 Jahre lang, also üblicherweise für zwei Landtagswahlen, das Wahlrecht in Anspruch nehmen. Allerdings nur wer ins Ausland abgewandert ist — wer bspw. nach Wien gezogen ist, nicht. Weil das ist ja kein Ausland. Demnächst gibt es vielleicht die Doppelstaatsbürgerschaft für deutschsprachige Südtiroler. Die werden dann wahrscheinlich auch in Tirol wahlberechtigt sein — das walte die ÖVP!

Noch lustiger ist das aber in NÖ. Bislang waren dort ja auch alle nebenwohnsitzgemeldeten österreichischen Staatsbürger ab 16 wahlberechtigt.

Bei der letzten Wahl war das allerdings anders. Diesmal haben dort die Bürgermeister entschieden, wer von den Nebenwohnsitzler wahlberechtigt ist. Klingt seltsam. Ist aber Niederösterreich. Tatsächlich waren die Gemeinden aufgefordert, diese Teilzeitniederösterreicher insofern zu überprüfen, ob sie denn Gründe anführen könnten, warum sie wahlberechtigt sein sollten. Wie die Gemeinden das durchführen, war ihnen überlassen. Und so wurden in manchen Gemeinden die Zweitwohnsitzer gedrängt, das Wahlrecht anzunehmen, und sie in anderen einfach aus den Wählerregistern gestrichen.

Zumindest diese Praxis kann wohl nicht verfassungsgemäß sein. So sehen das die Grünen und wollen jetzt die NÖ-Wahl vor dem VfGH anfechten.

Wobei es wohl nur Zufall ist, daß derart originelle Wahlrechtsregelungen ausgerechnet in den beiden schwarzen Erbpachthöfen gepflegt werden.

-br-

scheißegal, relevant betrachten die große Medien sie nur als dann, wenn politische Parteien oder große Lobby-Gruppen sie forcieren oder das Begehren sonst irgendwie parteipolitische Bedeutung hat.

Es geht hier um Selbstverstärkung. Wenn in den großen Medien viel über ein Volksbegehren berichtet wird, unterzeichnen es auch viele Leute. Unterzeichnen es viele Leute, ist es wert darüber zu berichten. In diesem Zusammenhang scheint es irgendwie witzig, daß ausgerechnet Eva Dichand, die "heute"-Chefin, davor warnt, daß mit verpflichtenden Volksabstimmungen auch über die Mindestsicherung entschieden werden könne und dann eine Mehrheit eine Minderheit einfach verhungern lassen könnte. Ja, stimmt, so etwas könnte in Österreich passieren. Nur wieso passiert so etwas in der Schweiz nicht? Weil dort die Diskussionen über Volksinitiativen, die zu Abstimmungen führen, medial viel genauer ausgeleuchtet werden. Warum aber passiert das? Weil das Bedürfnis sich genauer zu informieren dort weit größer ist. Die Massenmedien sehen einen Markt darin, Volksinitiativen zu thematisieren. Ja, in der Schweiz ist der Boulevard auch schlimm. Ja, in der Schweiz treiben Parteien wie die SVP auch Schindluder mit den Instrumenten der direkten Demokratie. Dennoch werden die politischen Fragestellungen intensiver diskutiert — weil eben das stimmberechtigte Volk wissen will, worüber es abstimmt.

In Österreich wird man halt nur alle paar Jahre gefragt, wie sich Nationalrat, Landtag und Gemeinderat zusammensetzen sollen. Deswegen sind Diskussionen auf Parteien fokussiert und nicht auf Inhalte. Und daher braucht man sich auch nicht zu wundern, wie

die Medienlandschaft hier aussieht — weder kann der "Falter" der "WoZ" das Wasser reichen, noch die "Presse" der "NZZ". So rückschrittlich vieles in der Schweiz sein mag, gerade durch die Möglichkeit, Volksabstimmungen zu erzwingen, ist die Politisierung des Volkes dort von einer deutlich höheren Qualität.

Erzwingbare Volksabstimmungen sind sicher nicht die Lösung für soziale Probleme und auch nicht ganz ungefährlich. Immer ist da die Gefahr vorhanden, daß eine Mehrheit über die Rechte von Minderheiten drüberfährt. Nur: Das ist in unserer Demokratie, die von sich nicht ganz zu Recht behauptet, eine repräsentative zu sein, auch nicht ausgeschlossen — die schrittweise Demontage eben der Mindestsicherung, wie wir sie gerade jetzt zu befürchten haben, ist dafür ein gutes Beispiel.

Wir leben in einem Land, dessen Stimmvolk die ÖVP unter der Führung des Herrn Kurz, der inhaltlich genau gar nichts anzubieten hatte, wieder zu stärksten Partei gemacht hat. Es ist nur zu verständlich, diesem Volk zu mißtrauen. Aber wenn man ein politisch interessiertes Volk möchte, dann muß man diesem auch die Möglichkeit geben, mitzureden. Aber genau davor fürchten sich die politischen Eliten. Hier sind sich die reaktionären Parteien, die immer für den Obrigkeitsstaat standen, einig mit Sozialdemokratie und ÖGB, die von einer josefinischen Grundhaltung geprägt sind.

Das aber stärkt immer wieder den autoritären Charakter im Volk. Da darf man sich aber auch nicht wundern, wenn — unabhängig von der parteipolitischen Relevanz — ausgerechnet jenes Volksbegehren, in dem es darum geht, daß eine Mehrheit einer Minderheit etwas

verbieten will, jenes ist, das am Stärksten gehypt wird.

Eine demokratische Gesellschaft hingegen ist auch eine tolerante und solidarische Gesellschaft, wenn Demokratie nicht als Diktatur der Mehrheit verstanden wird. Eine tolerante und solidarische Gesellschaft aber gibt es nur in einer informierten Gesellschaft. Und eine informierte Gesellschaft gibt es nur, wenn das einzelne Individuum davon überzeugt ist, daß seine Meinung auch tatsächlich relevant ist.

Vielleicht sind da andere Möglichkeiten der politischen Partizipation geeigneter als erzwingbare Volksabstimmungen. Nur ist von denen halt auch weit und breit nichts zu sehen. Demokratie ist in Österreich etwas für Sonntagsreden. Nämlich für die am Wahlsonntag, wo sich Politiker bei ihren Wählern für ein Vertrauen bedanken, daß ihnen ihre Wähler eben nicht geliehen, geschweige denn geschenkt haben. Der gelernte Österreicher wählt nicht, wem er vertraut, sondern aus lauter Verzweiflung jene Partei, die gerade als das geringste Übel erscheint.

Österreicher, auch die reaktionärsten, schenken den Parteien und damit dem Staat höchstens Mißtrauen. Man fürchtet die Obrigkeit vielleicht, kriecht ihr viel zu oft auch hinten rein, aber man liebt sie nicht. Auf dieser Grundhaltung läßt sich aufbauen. Vielleicht sogar eine Demokratie.

Bernhard Redl

Die nächste Krot

Die neuesten Polizeistaatspläne sind beängstigend. Aber nur konsequent. Und ausbaufähig.

Wenn Wahlen etwas verändern könnten...? Naja. Ja und Nein. Denn ganz neu sind die Überwachungs- und Kriminalisierungsbegehren von Politik und Polizei ja nicht gerade. Wir erinnern uns: 2016 und 2017 kamen Innen- und Justizministerium mit allem möglichem groben Unfug daher — einige dieser Vorschläge von damals stehen ja heute wieder am Tapet. Doch vor den letzten Wahlen ging noch nicht alles davon durch; vieles aber eben doch, z.B. die Möglichkeit, eine politische Versammlung zu untersagen, wenn sie "der politischen Tätigkeit von Drittstaatsangehörigen" diene und "den anerkannten internationalen Rechtsgrundsätzen und Gepflogenheiten oder den völkerrechtlichen Verpflichtungen, den demokratischen Grundwerten oder außenpolitischen Interessen der Republik

Österreich" zuwiderlaufe. Da gings vordergründig um die Demos der Erdogan-Fans. Oder das Gesetz gegen "Staatsverweigerer", das Fundamentalkritik am Staat kriminalisiert — auch das war ganz leicht durchzusetzen, weil man ja angeblich nur rechtsextreme Spinner damit treffen wolle. Oder das Staatsschutzgesetz mit neuen Befugnissen für die Verfassungsschützer. Und letztlich das "Burkaverbot", das in Wirklichkeit ein Vermummungsverbot im öffentlichen Raum ist — auch das ging das passierte fast ganz problemlos das Parlament, weil schließlich und endlich gings ja gegen patriarchale Muslime und um den Schutz der unterdrückten Frauen.

Das, was da SPÖ und ÖVP noch in der bereits zerfallenden Koalition beschlossen haben, war die Vorarbeit. Denn das alles paßt wunderbar zu den Plänen der jetzigen Regierung — denn nur mit einem allgemeinen Vermummungsverbot machen Überwachungskameras wirklich Sinn. Und diese Kameras will die Polizei jetzt besser nutzen können — mit einer Speicherpflicht oder mit dem Zugriff auf von Verkehrsüberwachungskameras, deren Personenbilder jetzt auch einer polizeilichen Auswertung zugeführt werden sollen.

Wenn das durchgeht, ist der übernächste Schritt klar — Verknüpfung mit Gesichtserkennungssoftware. Ich hör das Gras wachsen? Nunja, wozu war es denn so unbe-

dingt nötig, daß wir auf unseren Paßphotos alle normgerecht grantig dreinschauen — natürlich zur Erfassung unserer biometrischen Daten, das hat ja auch niemand bestritten. Diese Novelle ist jetzt ein Jahrzehnt her — mittlerweile ist also so gut wie jedes österreichisch-staatsbürgerliche Gesicht biometrisch erfaßt. Eine wunderbare Datenbank, die genützt werden will. Das kommt demnächst und wir werden kaum mehr einen Schritt in der Öffentlichkeit tun können, ohne daß das nicht vollautomatisch amtlich registriert wird. Orwell hat sich mit 1984 eben wirklich nur im Jahr geirrt.

Dazu kommt dann schon mit der jetzigen Novelle die Registrierung der Wertkartenhandys, die Anlaßdatenspeicherung als Vorratsdatenspeicherung light, der Bundestrojaner und — wenn auch legislatisch davon abgetrennt — das Gold-Plating für die Umsetzung der EU-Fluggastdaten-Richtlinie (siehe nächste Seite).

Umgekehrt soll aber mittels einer an sich notwendigen Novelle des Datenschutzgesetzes die Verpflichtung von Polizisten, ihre Datenabfragen von behördlichen Servern zu protokollieren, fast vollkommen ausgehebelt werden sollen (s.a. akin 2/2018). Schon bislang konnte man sich fragen, inwieweit diese Protokolle nicht umgehbar waren, aber nach dieser Novelle kann man sich gut vorstellen, welche Polizisten das gegen wen in Zukunft werden nützen können, wenn ihre Abfragen praktisch anonym möglich sind.

Ja, die SPÖ hat bisher ein wenig gebremst bei diesen Plänen. Aber letztendlich bekommt der sog. Sicherheitsapparat ja doch immer was er möchte — das war schon unter sozialdemokratischen Innenministern so. Und schließlich hat ja auch SP-Heeresminister Doskozil dafür gesorgt, daß ein Herr Kunasek sich jetzt nicht mehr darum sorgen muß, daß das Heer als Reservepolizei akzeptiert wird.

Aber natürlich ist das jetzt mit dieser Regierungsmehrheit alles noch viel einfacher. Und mit einer Mehrheit im VfGH, in dem demnächst nicht nur der Gerade-eben-noch-Justizminister sitzen dürfte, sondern auch Michael Rami, einer von jenen Anwälten, die die FPÖ ganz



Protest gegen das aktuelle Überwachungspaket, mit dem Kickl unser "subjektives Sicherheitsgefühl" verbessern will. Die Kundgebung am Montag am Ballhausplatz war von epicenter.works initiiert worden.

Bild: CC-BY 2.0 Karola Riegler

besonders gerne beauftragt.

Es ist also absehbar, daß die nächste Runde an Erweiterungen der Obrigkeitsbefugnisse bald kommen wird. Denn der Staat kann davon nie genug bekommen. Kaum haben wir uns an eine neue Polizeilichkeit gewöhnt und die Krot geschluckt, kommt schon die nächste, noch größere. Und für diejenigen, denen dieser demokratisch beschlossene Polizeistaat vielleicht irgendwann dann doch nicht mehr paßt, gibts ja jetzt schon den Staatsverweigererparagrafen.

Bernhard Redl

Der gläserne Fluggast

Bis 25. Mai muß laut EU eine Richtlinie zur Fluggastdatenspeicherung auch hierzulande umgesetzt werden. Österreich ist dabei aber besonders brav. Die Grundrechtsorganisation EPICENTER.WORKS hat die EU-Richtlinie und den Entwurf des Innenministeriums zum PNR-Gesetz analysiert.

Obwohl die Vorratsdatenspeicherung von Fluggastdaten (kurz: PNR, Passenger Name Records) höchstwahrscheinlich grundrechtswidrig ist, reicht der Umsetzungsvorschlag der österreichischen Bundesregierung weit über das hinaus, was die umstrittene PNR-Richtlinie der EU fordert.

Die Fluggastdatenspeicherung stellt eine anlasslose verdachtsunabhängige Massenüberwachung dar. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat schon drei Mal entschieden, dass Vorratsdatenspeicherung nicht mit unseren Grundrechten vereinbar ist. Zwei Mal hat er die Speicherung von Kommunikationsdaten auf Vorrat für grundrechtswidrig erklärt (2014 und 2016) und 2017 hat er festgestellt, dass ein Abkommen zum Austausch von Fluggastdaten zwischen der EU und Kanada dem Recht auf Achtung des Privat- und

Familienlebens und dem Schutz personenbezogener Daten widerspricht. Im Lichte dessen ist auch die PNR-Richtlinie der EU höchstwahrscheinlich unionsrechtswidrig.

Die wichtigsten Kritikpunkte

AUSWEITUNG AUF INNEREUROPÄISCHE FLÜGE: Die Daten der Fluggäste sollen auch für innereuropäische Reisen gespeichert werden, obwohl dies nicht verpflichtend ist.

MANGELHAFTER RECHTSSCHUTZ: Der Entwurf genügt nicht den Datenschutzbestimmungen der Richtlinie selbst und auch nicht der Datenschutzgrundverordnung sowie dem Datenschutzgesetz. So ist etwa keine nationale Kontrollstelle vorgesehen. Informations- und Dokumentationspflichten, Auskunftsrecht und Datensicherheitsmaßnahmen sind unzureichend gestaltet.

DISKRIMINIERUNGSGEFAHR: Der Gefahr von Diskriminierung und automatisierten Fehlinterpretationen von Daten wird nicht ausreichend begegnet. Wenn ein personenbezogener Datensatz bestimmten Kriterien entspricht, gilt das als "Treffer". Das Gesetz schließt nicht eindeutig aus, dass Personen ohne ausreichende Verifizierung allein aufgrund von Algorithmen als Verdächtige auf Listen landen, die an Polizeibehörden anderer Länder weitergegeben werden.

Was besagt die PNR-Richtlinie?

Eine lange Reihe an personenbezogenen Daten über Flugreisen sollen ab 25. Mai 2018 bei einer neuen "Fluggastdatenzentralstelle" beim Bundeskriminalamt für fünf Jahre gespeichert werden. Alle Flugunternehmen, die Personen aus oder nach Österreich bringen, werden verpflichtet, alle diese Daten an die Fluggastdatenzentralstelle weiterzuleiten.

Gespeichert werden: Angaben zum Fluggastdaten-Buchungscode, Datum der Buchung und der Flugscheinausstellung, planmäßiges Abflugdatum oder planmäßige Abflugdaten, Familienname, Geburtsname, Vornamen und akademischer Grad des Fluggastes, Anschrift und Kontaktangaben des

Fluggastes, einschließlich Telefonnummer und E-Mail-Adresse, alle Arten von Zahlungsinformationen, einschließlich der Rechnungsanschrift, gesamter Reiseverlauf für bestimmte Fluggastdaten, Angaben zum Vielflieger-Eintrag, Angaben zum Reisebüro und zum Sachbearbeiter, Reisestatus des Fluggastes mit Angaben über Reisebestätigungen, Eincheckstatus, nicht angetretene Flüge und Fluggäste mit Flugschein, aber ohne Reservierung, Angaben über gesplittete und geteilte Fluggastdaten, allgemeine Hinweise, einschließlich aller verfügbaren Angaben zu unbegleiteten Minderjährigen, wie beispielsweise Namensangaben, Geschlecht, Alter und Sprachen des Minderjährigen, Namensangaben und Kontaktdaten der Begleitperson beim Abflug und Angabe, in welcher Beziehung diese Person zum Minderjährigen steht, Namensangaben und Kontaktdaten der abholenden Person und Angabe, in welcher Beziehung diese Person zum Minderjährigen steht, begleitender Flughafenmitarbeiter bei Abflug und Ankunft, Flugscheindaten, einschließlich Flugscheinnummer, Ausstellungsdatum, einfacher Flug und automatische Tarifanzeige, Sitzplatznummer und sonstige Sitzplatzinformationen, Angaben zum Code-Sharing, vollständige Gepäckangaben, Anzahl und Namensangaben von Mitreisenden im Rahmen der Fluggastdaten, etwaige erhobene erweiterte Fluggastdaten (API-Daten), etc. etc.

Diese neue Vorratsdatenspeicherung soll dem Zweck dienen, eine Reihe bestimmter Verbrechen aufzuklären, angefangen bei Terrorismus, Menschenhandel und Kinderpornographie bis hin zu illegalem Handel mit Kulturgütern, Urkundenfälschung und Produktpiraterie.

Datenschutz nach "kriminalistischer Erfahrung"

Die Daten werden einerseits aus Fahndungsevidenzen und anderen Polizeidatenbanken abgeglichen, andererseits aber auch anhand "festgelegter Kriterien" verarbeitet. Hier beginnt das Profiling. Die Fluggastdatenzentralstelle muss "verdachtsbegründende und verdachtsentlas-

tende" Kriterien festlegen, die geeignet sind "Personen zu identifizieren, die [zur Verfolgung bestimmter Delikte (s.o.)] bedeutsame Prüfungsmerkmale erfüllen" (§ 5 Abs. 2 PNR-G). Diese Kriterien dürfen keine besonderen Kategorien von Daten (§ 39 DSGVO, früher hießen diese Kategorien "sensible Daten") enthalten. Das sind z.B. Informationen über die "ethnische Herkunft", politische Meinungen, religiöse Überzeugungen, genetische und biometrische Daten, Gesundheitsdaten, Daten zum Sexualleben, etc. Diese verdachtsbegründenden und -entlastenden Kriterien müssen alle sechs Monate überprüft werden. Um sie zu entwickeln, soll "auf die Expertise, insbesondere die kriminalistische Erfahrung, von Sicherheitsbehörden, Staatsanwaltschaften, Gerichten und Zollbehörden bzw. deren Zentralstellen" zurückgegriffen werden (Erläuterungen, S. 4) Außerdem sind die Kriterien so auszuwählen, dass die Zahl der darunter fallenden Personen möglichst gering ist (Erl. S. 4). Die Fluggastdatenbank kann jedoch auch selbst dazu genutzt werden, neue Kriterien zu finden, und alte zu verifizieren bzw. zu aktualisieren.

In den Erläuterungen heißt es: "Bei der Festlegung der Kriterien kann die kriminalistische Erfahrung objektiviert und auf eine breitere Basis von Erkenntnissen gestellt werden. So können zum Beispiel Fälle von Drogenkurieren herangezogen werden und mit Blick auf deren Reiserouten, Zwischenlandungen und Dauer des dortigen Aufenthaltes analysiert und daraus spezifische Kriterien erstellt werden. Gleichzeitig fließen Gegenplausibilitäten in die Kriterien ein, die den Kreis derjenigen Personen, die ein verdachtsbegründendes Kriterium erfüllen, wieder reduzieren." (Erl., S. 4)

Jeder Treffer, der sich aus der Anwendung dieser Kriterien ergibt, muss individuell auf eine nicht-automatisierte Weise überprüft werden. Dazu dürfen andere Datenbanken aus der Sicherheitsverwaltung, dem Asyl- und Fremdenwesen sowie der Strafrechtspflege herangezogen werden. Die so verifizierten Treffer und allfällig gesetzte Maßnahmen werden in einer eigenen Trefferverwaltung gespeichert. Auch diese Daten

werden fünf Jahre aufbewahrt.

Nach sechs Monaten werden die Daten depersonalisiert, danach darf die Depersonalisierung nur aus bestimmten Gründen aufgehoben werden. In manchen Fällen muss dies vom Rechtsschutzbeauftragten genehmigt werden, in anderen auf Anordnung der Staatsanwaltschaft vom Gericht bewilligt werden.

Alle Verarbeitungsvorgänge nach diesem Gesetz unterliegen der Kontrolle des Datenschutzbeauftragten beim Bundesminister für Inneres. Alle Zugriffe auf die Datenbanken müssen protokolliert werden, die Protokollaufzeichnungen werden fünf Jahre gespeichert. Leitet ein Flugunternehmen diese Daten nicht an die Fluggastdatenzentralstelle weiter, können Verwaltungsstrafen von 5.000 bis 15.000 Euro, im Wiederholungsfall bis zu 30.000 Euro über die Verantwortlichen verhängt werden.

(Epicenter.works/gek.)

Graz/Prozeß: Dürfen Security-Übergriffe nicht einmal erwähnt werden?

Bedenkliche Blüten treibt die Repression rund um den Bau des umstrittenen Murkraftwerks Graz Puntigam: Nur wegen einer Erwähnung von Übergriffen am 6.2.2017 durch Securities der Firma KLS Group in einer Beschwerde bei der Datenschutzbehörde gegen eine nicht gemeldete und nicht ausgeschilderte Videoüberwachung anlässlich der vermutlich rechtswidrigen Murcampräumung am 3.7.2017 wird Menschenrechtsaktivistin Karin Rausch wegen angeblicher Ehre-, Ruf- und Kreditschädigung von Rechtsanwalt Bernhard Lehofer im Auftrag der Firma KLS vor Gericht gezerrt.

Das obwohl sich die Beklagte auf ein zumindest siebenmal bei einer öffentlichen Gerichtsverhandlung am 5.7.2017 vorgespiltes Video bezog, bei dem erkennbar ein Security-Mitarbeiter der Firma KLS nicht nur auf die ungeschützten Finger eines friedlichen Demonstranten (dieser hatte

lediglich einen Bauzaun verschoben) eindrosch, sondern auch einen Aktivist, der auf einen Harvester klettern wollte, ins Gesicht griff und zu Boden riss.

Bernhard Lehofer, der schon durch eine ähnliche Klageandrohung im Auftrag der FPÖ gegen Datenforensiker Uwe Sailer aufgefallen ist, legt eine eigenartige Sicht der Dinge dar, indem er in geradezu bedrohlicher Weise die Fakten nicht nur abspricht, sondern auch noch verkehrt: Die angebliche Nötigung der Security durch kräftiges Protestrütteln am Zaun erfolgte nämlich erst nach den ersten Übergriffen des übereifrigen Security-Mitarbeiters.

Zivilgesellschaft in Gefahr

Die geradezu schikanöse Klageandrohung richtet sich letzten Endes gegen die gesamte kritische Zivilgesellschaft, gegen die Grundfesten der Demokratie. Die NGO "Media Austria" ruft daher zur Prozessbeobachtung und zur kritischen Medienberichterstattung auf. (Anm. akin: Der ursprüngliche Verhandlungstermin am Dienstag wurde wegen Erkrankung der Richterin verschoben, der Termin für die Neuanberaumung ist bei Media Austria zu erfahren.)

Wird sich die Grazer Justiz nun eingehend mit den zum Teil überzogenen Anschuldigungen gegen NaturschützerInnen beschäftigen? In der Vergangenheit wurden nämlich mehrfach einerseits Menschen ohne jeden konkreten Beweis einer Tatbeteiligung vor Gericht gezerrt, andererseits scheint aber die Gefährdung von Menschen durch zu geringe Sicherheitsabstände bei Baumrodungen und übergriffiges Verhalten von privaten Security-Mitarbeitern nicht einmal zur Kenntnis genommen zu werden.

Unter der aktuellen Grazer Stadtregierung häufen sich die Verletzungen an der Demonstrations- und Meinungsfreiheit, weshalb Media Austria ebenfalls zu Spenden für von Repression betroffene Menschen und für Informationsarbeit aufruft.

(Media Austria / bearb.)

Kontakt: Martin Mair, Media Austria, +43 676 35 48 310, <http://www.mediaaustria.at>

Spendenkonto: Media Austria, AT82 6000 0000 0753 5963, Verwendungszweck: Solidaritätsfonds

Die im Dunklen sieht man nicht

Auch die diesjährige sogenannte "Armutskonferenz" in St. Virgil (Salzburg) liest sich vielversprechend. Zahlreiche "Armut-Experten" -- zumeist honoräre WissenschaftlerInnen - erklären diversen SozialarbeiterInnen wie sich Armutsgefährdung und tatsächliche Armut am besten erklären läßt. Dabei fehlt es weder an einem edlen Ambiente noch an moderner Technologie, um herbeigezauberte Statistiken auf einer Großleinwand darzustellen. Alle sind beeindruckt. Alle tun so, als wären sie betroffen. Und sind heilfroh, nicht von Armut betroffen zu sein. Eine ganze Armutsmaschine verdient am Elend anderer Menschen. In der kapitalistischen Verwertungsgesellschaft stellt sich Armut als ein profitables Gut heraus, aus dem sich Gewinne schöpfen lassen.

Unternehmen profitieren von 1-Euro-Jobs bis hin zur Aufhebung

des Berufs-Schutzes, das Gespenst der Angst vor Armut geht um.

Menschen, die in Arbeitslosigkeit, infolge in Armutsgefährdung und in Folge in Armut leben, sind nicht nur Spielball der Politik, sie sind Spielball der Kapitalträchtigen, die daraus ihren Profit ziehen. Als willfähriger Steigbügelhalter spielt die "hohe" Politik mit. Aus Eigeninteresse. Man möchte ja nicht absteigen. Wenn doch, so erweist es sich als günstig, stets gute Kontakte zur "Wirtschaft" gepflegt zu haben, um dort unter die Haube zu kommen. Wem das zu einfach klingt, möchte ich unter zahllosen Beispielen nur eines in Erinnerung rufen: die Karriere von "1000er Gitti Ederer".

Der Grad der Fortschrittlichkeit einer Gesellschaft läßt sich daran erkennen, wie diese gedenkt, mit ihren "schwachen" und "schwächsten" Mitgliedern umzugehen. Der Einsatz wäre gering: Mitgefühl und der Versuch, zu verstehen. Der Gewinn wäre Erkenntniserweiterung in Folge des Begreifens anderer Lebenswelten. Der Schlüssel dazu wäre, weder mit Ablehnung noch mit Mitleid auf jene Menschen zu blicken, die den anerkannten Regeln des gesellschaftlichen Miteinanders nicht folgen wollen oder können. Wer von Gleichheit singt, etwa am 1. Mai, aber sie

nicht lebt, kann niemanden erreichen, der das Gefühl hat, nicht als gleichwertig angenommen zu werden.

Die im Dunklen sieht man nicht.

rosalia krenn

SWÖ-KV: Nix außer Spesen

Der Berg kreiste und gebahr ein Mäuschen. Groß war das Engagement der Kollektivverhandler auf Beschäftigten-Seite, endlich vernünftiger Löhne im Bereich der "Sozialwirtschaft Österreich" (vormals BAGS) zu erreichen. Es gab — in diesem Bereich bislang ziemlich unerhört — sogar Warnstreiks in insgesamt 144 Betrieben. Und das Ergebnis: 2,5% Lohnerhöhung (aber mindestens 48 Euro). Also so ziemlich genau das, was von Anfang an das Angebot der "Arbeitgeber" war und von Gewerkschaftsseite als unannehmbar gegolten hatte. Außerdem sind im neuen KV geringfügige Verbesserungen im Urlaubsanspruch für länger Beschäftigte, dafür aber auch die Zusage, daß über Betriebsvereinbarungen in bestimmten Fällen die verpflichtenden Ruhezeiten auf 8 Stunden gedrückt werden können. Im Bereich der vehement geforderten Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich wurde gar nichts erreicht.

(akin)

Ghostbike am Praterstern

Wer dieser Tage am Wiener Praterstern vorbeigekommen ist, dem ist vielleicht an der Kreuzung zur Lassallestraße ein weiß bemaltes Fahrrad mit Blumen und Kerzen davor aufgefallen. Das ist ein "Ghostbike", eine Art modernes Marterl für tödlich verunglückte RadfahrerInnen.

Dieses konkrete Ghostbike erinnert an einen Unfall am 30. Jänner. Eine Gruppe aus der "Critical Mass"-Community hat das weiße Rad dort am 13. Februar nach einer Gedenkdemo aufgestellt.

Info: <http://www.criticalmass.at>



Die letzten Ghostbikes in Wien wurden im August 2017 am Alsergrund (siehe Bild), im Mai 2016 in Simmering und im Juni 2015 beim Hauptbahnhof errichtet.

Im Stechschritt in den Abgrund

Bei der Sicherheitskonferenz in München waren die besonnenen Stimmen in der Minderheit. Dabei drohen die Konflikte im Nahen Osten eine gefährliche Dynamik zu entwickeln.

«Bis zum Abgrund – und zurück?», unter dieser Leitfrage stand die Münchner «Sicherheitskonferenz» über die gefährlichsten Konflikte und Bedrohungen dieser Welt. Die Antwort der meisten KonferenzrednerInnen am vergangenen Wochenende lautete: Weiter vorwärts! Regierungsmitglieder und ParlamentarierInnen aus Ankara, Tel Aviv, Washington, Riad, Paris, Teheran und Moskau rechtfertigten, verharmlosten oder leugneten die von ihren Ländern aktuell oder in jüngster Vergangenheit geführten Kriege und militärischen Interventionen sowie ihre atomaren und konventionellen Aufrüstungsmassnahmen.

Manche drohten sogar mit weiteren völkerrechtswidrigen Militärschlägen. Nur wenige warnten vor direkten militärischen Konfrontationen zwischen Staaten in der Konfliktregion des Nahen Ostens oder gar zwischen Grossmächten. In Syrien ist diese Gefahr inzwischen bereits Realität geworden. Am Dienstag (20.2.) beschossen türkische Invasionstruppen die Streitkräfte der Regierung Assad, die zur Unterstützung der syrischen Kurdenmiliz YPG in das umkämpfte Afrin verlegt worden waren.

Damit hat der Syrienkonflikt eine Eskalation erfahren, die zu seinem Beginn 2011 kaum jemand für möglich gehalten hätte. In den folgenden Jahren entwickelte sich dieser zu einem Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien und dem Iran sowie den USA und Russland, die ihre jeweiligen syrischen Verbündeten mit Waffen, Geld, Kämpfern und Logistik unterstützen. Seit dem Herbst 2015 griffen die Grossmächte USA und Russland mit eigenen Streitkräften in Syrien ein – mit dem Ziel der Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates sowie russischerseits auch zur Unterstützung der syrischen Regierungstruppen. Die USA haben seit April 2017 mehrfach – teils mit Absicht, teils angeblich «aus Versehen» – syrische Militärbasen und Bodentruppen beschossen.

Krieg gegen den Iran in Syrien?

Ob sich die in dieser Woche erreichte Eskalationsstufe erster militärischer Auseinandersetzungen zwischen türkischen Soldaten und syrischen Streitkräften zu einem Krieg zwischen beiden Ländern entwickelt, hängt davon ab, ob die Regierungen in Damaskus und Ankara dafür Rückendeckung von ihren Verbündeten in Moskau oder Washington erhalten. Die russische Regierung ist noch unschlüssig. Das machte Aussenminister Sergei Lawrow in München deutlich mit seinem ambivalenten Statement zum völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei gegen die syrischen Kurden («Wir haben Verständnis für die Position beider Seiten»). In Washington hängen die weiteren Schritte wesentlich davon ab, ob die türkischen Invasionsstreitkräfte nach einer Eroberung Afrins bei einem weiteren Vormarsch – wie von Präsident Recep Tayyip Erdogan ange droht – auch gegen US-Soldaten vorgehen, die bislang die YPG ausgebildet und bewaffnet haben. Die von Erdogan am Dienstag angekündigte «Belagerung und Aushungierung» Afrins könnte die Stimmung in

Washington zuungunsten Ankaras verändern.

Möglicherweise grösser als die Gefahr eines Krieges zwischen Syrien und der Türkei ist das Risiko, dass Syrien zum Schlachtfeld eines Krieges gegen den Iran wird – geführt von einer Allianz aus Israel, den USA, Saudi-Arabien sowie weiteren sunnitischen Golfstaaten. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu drohte in München unverhohlen mit diesem Krieg, da der Iran eine «schiitische Landachse von Teheran über Syrien bis zum Mittelmeer» plane. Netanjahu rechtfertigte die israelischen Luftangriffe der letzten Woche gegen Ziele in Syrien mit der dortigen Präsenz iranischer Söldner sowie «von Teheran unterstützter Terrororganisationen» und kündigte die Ausweitung dieser Attacken an.

Support aus Washington

Netanjahus Behauptung, der Iran sei «die grösste Bedrohung nicht nur für die gesamte Nahostregion, sondern global», wurde in München auch von Donald Trumps nationalem Sicherheitsberater Herbert Raymond McMaster sowie von den anwesenden US-ParlamentarierInnen beider Parteien unterstützt. Wie würde Russland auf einen mit US-Beteiligung geführten Krieg gegen den Iran reagieren? Diese Frage wollten Sergei Lawrow und die anderen auf der Sicherheitskonferenz anwesenden russischen VertreterInnen lieber nicht beantworten.

(Andreas Zumach in Woz, 22.02.2018)

EGMR-Urteil wegen Folter in Spanien

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat Spanien erstmals wegen zweier Fälle verurteilt, in denen angebliche Eta-Mitglieder von Polizisten gefoltert wurden. Die beiden betroffenen Basken, Igor Portu und Mattin Sarasola, erhalten nun vom spanischen Staat eine Entschädigung von je bis zu 30.000 Euro.

Portu und Sarasola waren 2008 in Spanien wegen angeblicher Mitgliedschaft in der baskischen Untergrundorganisation verhaftet worden. Die paramilitärische Guardia Civil folterte die beiden so schwer, dass Portu in die Intensivstation eines Krankenhauses eingeliefert werden musste. Nur deshalb liegen nun genügend Beweise für die Folter vor. Das baskische Provinzgericht in San Sebastián hatte die vier verantwortlichen PolizistInnen zwar bereits verurteilt, doch das oberste spanische

Gericht hob das Urteil wieder auf.

Nun lag es am EGMR, die beiden Fälle zu verhandeln. Der Gerichtshof hatte zwar bereits zuvor den spanischen Staat wegen Verstoss gegen das Folterverbot verurteilt. Bislang bezogen sich die Urteile aber darauf, dass Spanien Folteranzeigen in ungenügender Weise oder einfach überhaupt nicht nachgegangen war.

Dieses Mal untersuchte der Gerichtshof zwei konkrete Fälle – und bestätigte die schweren Misshandlungen. Trotzdem hüteten sich die RichterInnen, die Gewalttaten in Polizeigewahrsam explizit als Folter zu bezeichnen: Es lasse sich juristisch nicht beweisen, dass die Guardia Civil die beiden Männer mit dem Ziel misshandelt habe, Informationen oder Geständnisse zu erpressen.

Dabei ist ebendies seit dem Franco-Regime systematische Praxis in Spanien. So hat etwa eine

Kommission der baskischen Regionalregierung rund 4300 Fälle von Folter aus den Jahren 1960 bis 2013 dokumentiert.

Einem EU-Staat Folter vorzuwerfen, gilt auf europäischem Parkett als Tabu. Das zeigte sich ebenso bei den diplomatischen Verrenkungen, die die Schweizer Behörden im Fall von Nekane Txapartegi an den Tag legten. Die baskische Aktivistin konnte die Folter, die ihr 1999 in Spanien angetan worden war, belegen – sogar der UNO-Sonderberichterstatter über Folter stellte sich hinter sie. Dennoch verweigern die Schweizer Behörden Txapartegi nach wie vor politisches Asyl.

Auch EU-Staaten foltern. Es ist höchste Zeit, das anzuerkennen – und auch so zu benennen. Den ersten Schritt hat der EGMR nun getan.

(Meriem Strupler in WoZ, 22.2.2018)

Quelle: <https://www.woz.ch/1808/urteil-gegen-spanien/folter-beim-namen-nennen>

Termine

Änderungen bitte uns bekanntzugeben!

Ständiges

DEMOS

Critical Mass (aka Radldemo), <http://www.criticalmass.at/>; Wien jed. 3. Freitag im Monat – Treffpunkt 16:30 Uhr am Schwarzenbergplatz. 17:00 Abfahrt. Graz jed. letzten Freitag im Monat – 16:30 Uhr am Südtirolerplatz. Innsbruck jed. letzten Freitag im Monat – 18:00 Uhr in der Maria-Theresien-Straße (Annasäule). Linz jed. letzten Freitag im Monat – 16:30 Uhr am Hauptplatz, Abfahrt 17:00 Uhr. Salzburg jed. letzten Freitag im Monat – 17:00 Uhr im Kurpark/Kongresshaus. Wiener Neustadt mindestens 2x im Jahr. Termine unter: <http://www.criticalmass.at/> oder Newsletter wien-neustadt@criticalmass.at bestellen. Mehr Details dazu: [\[calmass.at/about/was-ist-critical-mass\]\(http://calmass.at/about/was-ist-critical-mass\) Salzburg, jew. am ersten Samstag des Monats SLP-Kundgebungen gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen, ab 10 Uhr vor dem Landeskrankenhaus /Müllner Seite](http://www.criti-</p>
</div>
<div data-bbox=)

ARCHIVE, INFOLÄDEN, BUCHHANDLUNGEN U.Ä.

INFOLÄDEN: Wels: 4600 Spitalhof 3, Tel.07242/910432; Mi, Do 14-18, Fr 14-22, Sa 11-14, infoladen-wels@liwest.at; Korneuburg: IL Kamtschatka Zivild.berat., Bücher, Zeitschr., j. 1.u.3. Mi i.Mon. 15.30-16.30, 2100 Laaer Str. 6; IL Linz: Treibsand Rudolfstr.17, Di, Fr, Sa 16 - 20h, <http://www.kv-treibsand.at.tf>; IL Salzburg: Lasserstr.26, Di+Do 16-20h, So 13-19h, infoladen.salzburg@gmx.net; IL Bregenz, AJZ Between, Bahnhofstr.47, 05574/44379, juzbuch@gmx.at

EKH (1100, Wielandg. 2-4): Que(e)r Mittwochs-Beisl 18.30-24h. Infol.X: Mi-Do 14-20, Fr, Sa 14-22h. VOLX-bibliothek Do 16 - 20 h. www.med-user.net/~ekh; HausBibliothek, Do 16-20h, www.med-user.net/~ekh/bibliothek.html

PrekärCafe j. 1. Di im Monat 20h Disk.; ab 18h, 1010 Wipplingerstr.23/Stiegenabg.

Buchhandlung "Libreria Utopia". 1150, Preysingg. 26-28, Mo-Fr ab 15h, Sa ab 12h. Infos.radicalbookstore.com Anarchistische Buchhandlung Wien, Oelweing. 36/5, 1150; Di & Mi, 18-20h & j. 1.&3. Sa i. Monat, 12-16:30

Anarchistische Bibliothek jed. Mo 18 - 20h oder nach Absprache. 1080 Lerchenfelder Str.124-126/Hof 3/Tür 1a, <http://a-bibliothek.org>

Archiv d soz. Beweg., Mi u. Fr 17-20h, Kontakt www.bibliothekvonunten.org, archiv.wien@gmx.at, 1010 Wipplingerstr.23
Marxer Lesestube (Zeitungen, Sach-

bücher) Do 17-18h, auch vorher und nachher. 1030 Marxerg. 18 (Ecke Gärtnerstr.), Tel. 0681 1027-8815

ARBEITSLOSE

aha - Arbeitslose helfen Arbeitslose: 2. oder 1. Do. im Monat, Khevenhüllerstr. 4., 4020 Linz <http://www.vereinaha.at/Infoabende.htm>

"Aktive Arbeitslose Österreich": Offenes Treffen mit Beratung jeden 4. Do ab 16 Uhr Café Müller, Payerg.14/Yppenplatz 2, 1160; Szbg-Regionalgruppe: J. 4. Mi.i.Monat, Beisl im ABZ, Kirchenstraße 34, Salzburg, Telef Beratung 0676 3548310, <http://www.aktive-arbeitslose.at>. Online-Rechtsinformation: <http://www.arbeitslosenetz.org>

AMSand, Beratung jeden Donnerstag, 18-20h, Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070, <http://amsand.net>

AMSEL: J. 2. Do (werktags) von 17-20h im Infoladen Schwarzes Radischen Steinfeldgasse 2, 8020 Graz <http://www.amsel-org.info>
"Zum Alten Eisen?", Do ab 16:30, Cafe Siebenbrunnen, 1050, Siebenbrunnenplatz <http://www.zum-alten-eisen.at>, T 0650/92 06 731

FRAUEN:

FLMZ, Währingerstr. 59/St.6, 1090, Eingang Prechtlgasse, T+F 4085057, Plenum: j.1. Do, 18:30, 2.St; FZ-Beisl: Do-Sa ab 19h, Plenum: j.2.u.4. Di 18h, j.3.Do, 20h; Kitschfilmabend; ARGE Dicke Weiber, jed. 2. Fr, 17:30; T4028754; Beratungs-, Therapie- & Bildungszentr.f. Immigrantinnen, T4086119, <http://www.peregrina.at>; V. Förderung femin. Handwerkerinnen, T4084443

Frauensolidarität, feministisch-entwicklungspolitisch: Bibliothek & Dokumentation 1090 Senseng.3, Tel.3174020-400, Öffnungszeiten Mo-Di 9-17h, Mi-Do 9-19h, Fr 9-14h. netz: www.frauensolidarität.org

Archiv der Frauen- u. Lesbenbewegung Stichwort, 1040 Gusshausstr.20/1A+B, Tel. 812 98 86, e-mail: office@stichwort.or.at, geöffnet Mo + Di 9-14h, Do 14-19

FRIEDEN

Arge WDV, argewdv@verweigert.at, 535 91 09, Fax 5327416. 1010 Schottenteng. 3a/1/4/59. Wehrdienstverweig. u. Zivild.berat. Mo 18h, Deserteurs- u. Flüchtl.berat. Mi 18h; www.deserteursberatung.at/; Tel. 533 72 71; Rechtsberatung bei dring. Fällen: 0699/ 112 25 867, solidaritaetsgruppe@chello.at

Wr.Friedensbew., Rotum jed. 1. Di. i. Mon. 19h, Lokal Rotpunkt, 1050 Reinprechtsdorfer Str. 6

Solidar-Werkstatt (vormals friwe), Waltherrstr. 15, 4020 Linz, T. 0732/771094, F. 0732/797391, office@solidarwerkstatt.at, <http://www.solidarwerkstatt.at>

Internat. Versöhnungsbund lädt www.versoennungsbund.at; Tel.408 5332, 1080 Ledererg.23/3/27

PARTEIEN

SLP: 1200 Pappenheimg.2/1, T. 5246310, F. 5246311; Termine unter www.slp.at, Treffen: SLP-West jew. Mo. 18,30 Buchh.Libreria Utopia 1150 Preysingg.26-28, Brigittenau West, Do 19h im SLP-Büro 1200 Pappenheimg.2/1, Brigittenau Ost, Die 18,30 im SLP-Büro, Graz, Die, 19h Rest.Rondo, Marienplatz 1, Linz, Die, 18,30, Alte Welt, Hauptpl.4; Szbg, Mo 19h, Shakespeare, Hubert-Sattler-G. 3/Mirabellplatz; NÖ und Tirol: unregelmäßig. Infos.slp@slp.at, Gmunden jew. Fr, 18h im Einkaufspark, Habert Cafe

KPÖ: Linz, Treffpunkt Cafe KPÖ, Mi 18h, Melicharstr.8

Polit. Bezirksini. PolDi-Politik Direkt am 1. oder 2. Mo im Mon, 19h Uhr, Cafe Sperlhof, 1020 Große Sperlg. 41. <http://poldi.mond.at>, Nachfragen: 319

44 86 o. poldi news@mond.at
SONSTIGES
 LICRA - Internat. Liga gg. Rassismus & Antisem., NGO, Jour fixe j. 1. und 3. Mo im Mo, 19:30, Rep.Club, 1010, Rockhg.1/Cafe Hebenstreit
 WILI-Wr. Lehr.In.Ini j. 1. Mi. 19:30
 KIV, 1020 Odeong.1/Gr. Mohreng.
 Wuk-Infunde: j. 1. Mi. i. Mo. 18h. Permakultur, Selbstversorg., Tauschkreise, Veganes; 1090 Währ. Str.59
 RKL & Aktionskom. gg. Sozialabbau: Vorstadt-Zentrum, Gußhausstraße 14/3, 1040, So von 16-22h, Soli-Cafe Di 18h
 Kostnixladen virtuell: www.geldlos.at - real: im vekks. 1050 Zentag.26, Mo, Do, Fr jew. 15-20h. ebda: WEGzehr & Kost-Nix-Kino jed. 1. Do im Mon., kochen ab 14h, ab 20h filme und vokü
 AUGE/UG Büro, Termine /Themen: http://www.auge.or.at, Mi., Ort: Belvedereg. 10/1, 1040; KIV/Unabh. Gewerksch. Gemeindebed., KIV-Club Odeong.1/ Eingang Ecke Mohreng., 1020, kiv@kiv.at
 VIRUS Di, 20h WUK-Umwelthb., 1090 Währ.Str.59, Eisenstiege
 Pankahytn, jeden Dienstag ab 20h Stammtisch. 1150 Johnstraße 45/Halle, www.pankahytn.isdrin.at
 Bikekitchen RepariereBAR: Donnerstag Selbsthilfwerkstatt: 16-20h / Community: 20-24h, jd. 1.Fr im M. 16-20h Rad-Werkstatt nur für Frauen, Lesben und Transgender. 1150 Goldschlagstr.8. Gebrauchte Ersatzteile sind vorhanden.
 Offenes Treffen des ehem. Speaker-scener gg Schwarzbunt j. 1. Do im M., 19 Uhr Käuzchen, 1070 Gardeg./Neustiftg.

Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender (UNDOK): ÖGB-Haus Catarina 1. Stock,
 1020 Johan Böhm Platz 1, U 2 Station Donaumarina
 Die Academy von Amnesty International bietet div. Workshops und Seminare an, z.B. über Flucht, Menschenrechte, Islam, Antirassismus, Argumentationstraining u.a. Infos unter www.academy.amnesty.at, Tel. 78008
 Treffen der Versöhnungsbund-Aktiv-Gruppe, Jour fixe letz Mo im Monat, ab 17,30 im Seminarraum, 1080 Lederegg.23/3/27. http://www.versoehnungsbund.at
 Basisgruppe Gesellschaftskritik Salzburg: Disk.abende jew. Di & Sa im Sub und im Infoladen. Infos und konkrete Termine geskrit.wordpress.com.
 WEN DO - feministische Selbstverteidigungs-Kurse für Frauen und Mädchen im FMLZ, 1090, Währinger Str 59/St6, Kontakt 01/408 50 57, www.wendo-wien.at, e-mail: wendo.wien@gmx.at

Derzeitiges

Schütte-Lihotzky-Raum, Ausstellung bis 29.6.: WOHN-Geschichten, Wohnbauprojekte der Architektin, 1030 Untere Weißgerberstr.41, geöffnet Di, Mi 10 bis 14h, Do, Fr 14 - 18h
 Jüd. Mus., Ausstellung bis

1.5.: Genosse.Jude. Wir wollten das Paradies auf Erden. 1010 Dorotheerg.11, So-Fr 10-18h
 VHS Hietzing, bis 7.3.2018 - Fotoausstellung Ali Kohlbacher: Auf den Spuren des Spanischen Bürgerkriegs 1936-1939. 1130 Hofwieseng.48, Mo-Fr 8-18h
 Amerlinghaus, bis 15.2.2018 jed. Donnerstag um 19h Kinoforum: Triangle blau Austria (katalanisches Kollektiv gegen das Vergessen): Kinoforum über den 2. Weltkrieg und seine Konsequenzen sowie Francos Diktatur. Es wird an die katalanischen Gefangen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern erinnert. 1070 Stiftg.8
 Junge Linke Österreich laden ein zur Bildungsreise nach Polen, vom 30. März bis 2. April 2018. Das ehemalige NS-Vernichtungslager Auschwitz und Krakau werden besichtigt. Es wird ein Vernetzungstreffen und

ein gemeinsamer Abend mit der Jugendorganisation der polnischen Linkspartei Razem stattfinden. Vorauss. Abfahrt am 30.3. ca 18 Uhr, Ort wird bekannt gegeben. Fahrt mit Bus oder Bahn. Beitrag 80,— euro. Teilnahme bis zum Alter von 35 Jahren möglich. Verbindliche Anmeldungen bitte alsbald an: junge-linke@gmx.at

Donnerstag, 1.3.

19h, "Linkssouveränismus vs. Linksliberalismus" mit Lubos Blaha (Smer-Partei): Die Linke und der Globalismus, VHS Hietzing, Kursraum 10, Hofwiesengasse 48, 1130 Wien
 Salzburg, 10h, Tagung zur Förderung des interreligiösen Dialog "Religion und Staat: Trennung/ Kooperation/ Vereinnahmung? Infos www.virgil.at/
 Salzburg, 19.30h, Mönchsberg, Edmundsburg, Euro-

Rosa-Luxemburg-Konferenz Wien, 2./3. März 2018

Es wird immer deutlicher, dass die bisher herrschende Ordnung, so mächtig sie uns heute noch erscheinen mag, auf Sand gebaut ist. Die Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus stellt sich daher einmal mehr ganz konkret. Die Linke steht dabei vor der Frage, mit welchen Theorien, Programmen, Strategien und Methoden sie den Kampf für eine bessere, gerechtere Welt weiterführen möchte. Die Rosa Luxemburg Konferenz - AT (2./3. März 2018) ist ein Forum, wo genau diese linken Strategiedebatten von einer antikapitalistischen Perspektive aus solidarisch und breit geführt werden sollen. (Aussendungstext/gek.)

Freitag, 2. März, 17.00 bis 22.00 Uhr und Samstag, 3. März, 9.00 bis 22.00 Uhr

Ort: VHS Hietzing (Hofwiesengasse 48, 1130 Wien; öffentlich erreichbar mit U4 bis Hietzing, 60er Richtung Rodaun direkt bis Hofwiesengasse)

EINTRITT FREI (Keine Anmeldung erforderlich)

Veranstalter: Unsere Zeitung in Kooperation mit der Volkshochschule Hietzing in Zusammenarbeit mit unterstützenden Organisationen/Initiativen

Aus dem Samstagsprogramm:

10:30 bis 12:00 Uhr: Buchpräsentationen, Vorträge & Workshops

12:15 Uhr: Podiumsdiskussion: "Die Bedeutung der Ideen von Rosa Luxemburg heute?"

14:00 bis 15:30 Uhr: Buchpräsentationen, Vorträge & Workshops

16:00 bis 17:30 Uhr: Buchpräsentationen, Vorträge & Workshops

18:00 Uhr: Podiumsdiskussion: "Linke Perspektiven in Österreich, Europa und der Welt?" mit:

Workshop Alternative und Linke Medien

Vernstaltet von junge Welt, Radio Widerhall, Unsere Zeitung, WienTV.org

Samstag, 3. März, 14:00 bis 15.30 Uhr, Kursraum 10, VHS Hietzing

Die österreichische Medien- und Meinungslandschaft wird vom ORF, von den Boulevardmedien und von wirtschaftsliberalen bis konservativen Tageszeitungen dominiert. Besonders das Phänomen der Gratiszeitungen hat in den letzten Jahren starke Veränderungen hin zu einem noch plumperen und aggressiveren Grundtenor bewirkt, in dem progressive, demokratische, linke Positionen scheinbar chancenlos bleiben. Um mehr Menschen – auch außerhalb der vielzitierten "linken Blase" – zu erreichen, führt kein Weg an neuen Konzepten und professionell gestalteten alternativen und linken Medien vorbei. In dieser Diskussion werden einige dieser Konzepte sowie Erfahrungen linker Medien vorgestellt und vor allem wird gefragt: Wie können wir uns vernetzen, um die Macht des rechten Mainstreams zu brechen?
 (Aussendungstext/gek.)

pasaal, Vortrag von Mark Terkessids: Die Banalität des Rassismus

Linz, 18h, Treffen der Initiative für "Medien- und Plakatierfreiheit in Linz". In Linz gibt es für NGOs faktisch keine freien Plakatflächen mehr, da ehemals freie Plakatierflächen kommerzialisiert worden sind. Veranstaltungsraum Walthersstraße 15, 4020 Linz

Freitag, 2.3.

17h, VHS Hietzing, 1. Rosa-Luxemburg-Konferenz bis 3.3. in Österreich: Eure Ordnung ist auf Sand gebaut. Die Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus stellt sich einmal mehr ganz konkret. Strategiedebatten sollen breit geführt werden. 1130 Hofwieseng.48, erreichbar mit U4 bis Hietzing/Kennedybrücke, 60er Richtung Rodaun direkt bis Hofwiesengasse, nähere Informationen unter: <https://www.rosaluxemburg-konferenz.at>

19h. Buchpräsentation, Papiertheater und Diskussion, Gestaltung: "Föderation Revolutionärer Sozialisten Internationale" (Selbstorganisation, Räterepublik ...)

Viel Vergnügen zu einer Weltpremiere

Samstag, 3.3.

9-22h, VHS Hietzing, Fortsetzung der Rosa-Luxemburg-Konferenz.

Salzburg, 8h, Infoladen Salzburg: Frühschoppen gegen den "Kongress der Verteidiger Europas"

8.00h, Aistersheim: Seminar und Podiumsdiskussion: "80 Jahre Anschluss: nicht rituelles Gedenken, sondern Lehren ziehen für heute"

Wels, ab 14.00h, Demonstration in Aistersheim bei Wels: "OÖ stellt sich quer - Nein zum rechtsextremen Kongress!" Veranstalter: Bündnis Linz gegen rechts, anlässlich eines Vernetzungstreffen von Rechtsextremen aller Couleur

Montag, 5.3.

Amerlinghaus, 14h, Information und Diskussion: Stoppt Leihmutterchaft. Mit Sheela Saravanan, Eva-Maria Bachinger, Maria Eberstaller, Birge Krondorfer, Stephanie Merckens, Lisbeth N.Trallori. 1070 Stiftg.8

16h, RUSSLAND VOR DEN

WAHLEN - MIT ALEXANDER BUZGALIN, Veranstaltung von KPÖ und Austrian Social Forum (ASF). KPÖ-Bundesleitung, Drechslergasse 42, 1140

Salzburg, Bildungszentrum St. Virgil: bis 7.3.: 11. Österreichische Armutskonferenz statt. Thema: Achtung. Die Bedeutung und Anerkennung im Kampf gegen Ungleichheit, Ohnmacht und Spaltung. Anmeldung: www.armutskonferenz.at/achtung. Beginn 11 Uhr, Ernst-Grein-Straße 14

Dienstag, 6.3.

Aktionsradius, 19,30, Lesung mit Elfriede Hammerl. 1200 Gaußplatz 11

Mittwoch, 7.3.

SPÖ Bildungszentrum, 17h, Österreichs Sozialisten 1938-1945: Strategien, Widerstand und Verfolgung nach dem „Anschluss“. Prof. Wolfgang Neugebauer, 1983 bis 2004 wissenschaftlicher Leiter des DÖW, referiert über den sozialistischen Widerstand, der vom NS-Regime durch Terror, Massenverhaftungen, Flucht und Vertreibung, Gestapospitzel und Verräter weitgehend zerschlagen werden konnte. Im Rahmen der Veranstaltung kann die Neuauflage (2015) von Wolfgang Neugebauers Standardwerk "Der österreichische Widerstand 1938-1945", erworben werden. 1020 Praterstraße 25a

Amerlinghaus, 19,30, Lesung: Freikarten für Freischwimmer/innen. Zusprachen, Ansprachen, Absprachen. Grenzen verschwimmen, oder werden neu gesteckt.

Graz, FrauenStadtSpaziergang zum Internationalen Frauentag und Weltfriedenstag: Stadt der Frauen - von Utopien und Gelungenem. Treffpunkt um 16 Uhr am Hauptplatz, vor dem Rathaus

Donnerstag, 8.3., Internationaler Frauentag

Amerlinghaus, 17,30, Vor-

trag, Musik und Buffet zum Internat. Frauentag: Was gibt's zu feiern? Frauenarmut entgegenwirken.

Bis 10.3. Symposium Dürnstein: "Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen. Auf dem Weg zu einer globalen Gesellschaft der Überflüssigen". Ort: Stift Dürnstein. Infos: <http://www.ksoe.at/>

18.30h: Museum Dorotheergasse: Irene Filip (Spanienarchiv im DÖW) stellt in ihrem Vortrag die Rolle der Widerstandskämpferinnen in den Vordergrund.

Bis 1. Mai im Jüdischen Museum Wien kann die Ausstellung "Genosse. Jude - Wir wollten nur das Paradies auf Erden" im Kontext betrachtet werden.

Freitag, 9.3.

Amerlinghaus, 19h, Vierte feministische Frauentagslesung. 1070 Stiftg.8

Stadtflanterie mit Mariana Potocnik u.a. zum Frauenwohnprojekt Ro*sa, Infos und Anmeldung office@aktionsradius.at, Tel. 332 26 94

DIDF-Lokal, 18h, Solidarwerkstatt: Vortrag und Disk. mit Thomas Roithner: Sicherheit, Supermacht und Schießgewähr. Gudrunstraße 133, 1100 Wien

Samstag, 10.3.

15h, Amerlinghaus, Seminar: "80 Jahre Anschluss, nicht rituelles Gedenken, sondern Lehren ziehen für heute"

18h, Podiumsdiskussion zu "80 Jahre Anschluss" mit Albert F Reiterer, Antifaschistische Aktion Wien, Thomas Pierer (KPÖ Steiermark), Gernot Bodner (AIK), veranstaltet von: Solidarwerkstatt, Anti-Imp und KPÖ Steiermark, Amerlinghaus

Sonntag, 11.3.

Amerlinghaus, 18h, Livehörspiel-session: DATA:TADA! (man darf//kann//und muss wahrscheinlich: husten, klat-schen, räuspfern, niesen,

17.3.: Internationaler Aktionstag gegen Rassismus

Der Internationale Tag gegen Rassismus wurde von der UNO im Jahr 1966 eingeführt, um dem Massaker von Sharpeville in Südafrika am 21.März 1960 zu gedenken. Dort waren 69 Protestierende gegen die rassistischen Passgesetze des Apartheid-Regimes auf offener Straße getötet und weitere 178 verletzt worden. Zur Erinnerung an das Massaker rief die UNO-Vollversammlung alle Staaten und Organisationen zur Teilnahme an einem Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Rassismus und rassistischer Benachteiligung auf und erklärte den 21.3. zum "Internationalen Tag gegen Rassismus".

Am **Samstag, den 17. März**, werden daher auf der ganzen Welt zehntausende Menschen gegen Rassismus und für Vielfalt, Toleranz und Multikulturalismus protestieren. Ein breites Bündnis aus den Wiener Grünen, Volkshilfe, SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen gegen Notstandspolitik, ÖH und der Plattform für eine menschlichen Asylpolitik rufen für **14 Uhr zu einer Kundgebung am Karlsplatz** auf.

sessel rücken, telefonieren, spenden und zuckerlutschen, kuchen auspacken) in einer fokus-odyssee fischen Danja und oder Tanja in den endlosen datenmeeren der worldwide-web-suchmaschinen nach den man(i(e))festungen der vernetzten mensch-maschinen-grämien. Beginn soundcheck: 18h

Montag, 12.3.

17.30 Kundgebung: Nie wieder Faschismus, Nie wieder Krieg, mit Franz Sieder (Pax Christi), Alfred Kohlbacher (Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer_innen) Hubert Kramar, Marlene Streuerwitz u.a., veranstaltet von Gewerkschafter_innen gegen Atomenergie

Amerlinghaus, 20h, Literatur, Musik & Kleinkunst: Wilde Worte mit Richard Weihs und Isabella Breier: Deser-LotusNest. Lebensformen – Lotophagen - Road Novel – Schelmenstück

20h Literatur, Musik und Kleinkunst: Freie Wildbahn und Wunschgedichte mit Richard Weihs und Isabella Breier

WUK, 17 - 22h, Kampagnenstart: Das Bündnis TTIP STOPPEN heißt jetzt Anders Handeln. Wir bleiben weiterhin eine Stimme für eine gerecht gestaltete Globalisierung und gegen die neoliberale Freihandelsagenda. Gemeinsam haben mehr als 60 Organisationen gegen TTIP, CETA und TiSA gekämpft – und das mit Erfolg! Wir haben es geschafft CETA und der EU Kommission Steine in den Weg zu legen und TTIP vorerst zu verhindern! Das ist schon einiges, aber wir wollen Mehr! Neue Wege, hin zu Alternativen und Vision von einem guten Leben für alle! Die neue Plattform "Anders Handeln - Globalisierung gerecht gestalten" wird vorgestellt. 1090 Währinger Straße 59

Dienstag, 13.3.

AUGE/UG, 18h, Buchpräs. mit Lesung von Luis Stabauer und Liedern von Kurt Win-

terstein (es darf mitgesungen werden). Gelesen wird aus dem Roman von Luis Stabauer, dieser erscheint noch im März: Die Weißen - eine Wiener Widerstandsgruppe. Zeitgeschichtliches Panorama im Spannungsverhältnis von Krieg und Verfolgung, Austrofaschismus, NS-Diktatur und Widerstand. Das Suchen einer neuen Gesellschaft von 1934 bis zur Gegenwart. 1040 Belvedere.10

Donaucitykirche, 19h, Walter Baier: Rechtsradikale in Europa. 1220 Donaucitystr.2, U1 Kaisermühlen Aktionsradius, 19,30, Elfriede Gerstl: Lesung und Musik mit Erni Mangold, Herbert J.Wimmer, Raja Schwahn-Reichmann, Esther Wratschko. 1200 Gaußplatz 11

Donnerstag, 15.3.

VHS Ottakring, 9 - 17h, Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Teilnahmegebühr 50,— euro, Anmeldung unter ottakring@vhs.at, Tel.89174 - 116000

Freitag, 16.3.

VHS Ottakring, 9 - 17h, Fortsetzung des Trainings gegen Stammtischparolen. 1160 Ludo-Hartmann-Platz 7

Stadtflanerie mit Susanne Kompass: Spurensuche Margarete Schütte-Lihotzky. Infos und Anmeldung office@aktionsradius.at, Tel. 332 26 94

Linz, 16,30, EU-Planspiel: Freihandelsabkommen. Ort noch nicht bekannt. Infos und Anmeldung über Grüne Bildungswerkstatt, Tel.07674/64218 oder ooe.gbw.at

LINZ, KHG, 16:00, Vortrag von Dr. Thomas Roithner zum Pax-Christi-Studententag: "Sicherheit, Supermacht und Schießgewähr. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der EU". (Info: <http://w3.khg.jku.at/pax/blog/>)

Samstag, 17.3.

14h, Karlsplatz, Kundge-

bung, Internationaler Aktionstag gegen Rassismus (siehe Kasten)

Montag, 19.3.

Amerlinghaus, 19h, Rechtshilfetreffen der BettelLobby-Wien. 1070 Stiftg.8

Dienstag, 20.3.

Linz, 18h, Treffen des "Personenkomitees Selbstbestimmtes Österreich", Waltherstrasse 15, 4020 Linz

Rep.Club, 19h, Lesung mit Eva Geber aus ihrem Buch: Louise Michel. Die Anarchistin und die Menschenfresser. 1010 Rockhg.1

Aktionsradius, 19,30, Renata Keller zeigt den Dokumentarfilm über Gerda Lerner: Warum Frauen Berge besteigen sollten. Im Anschluss an den Film wird zum Gespräch mit der Regisseurin Renata Keller eingeladen. 1200 Gaußplatz 11

Amerlinghaus, 19h, Performance: singe muse zorn. das lied von der zerstörung ilions und von der erfindung des abendlandes durch den oarsch agamemnon. eine text-, sound- und plastikmantschgerl-performance nach homer. von und mit jürgen gerger und stefan schmitzer. warum die ilias? haben wir keine dringenderen sorgen? liegt der so verständliche wie knieweiche impuls vor, sich angesichts der unerträglichen richtigkeit der wortfolge "innenminister kickl" in den erstbesten elfenbeinturm zu flüchten? – mal sehen ...das mittelmeer als massengrab und verkehrsweg. ... der raubzug nach "osten" als gründungsmythos eines "westens" ... und so weiter und so fort ...

Freitag, 23.3.

Stadtflanerie mit Ursula Hofbauer: Frauenspuren in der Stadt. Infos und Anmeldung office@aktionsradius.at, Tel. 332 26 94

Amerlinghaus, 19h, Konzert mit Rudi Burda: Bahö für Woody. BAHÖ leitet sich angeblich aus dem Tschechischen her und bedeutet

so viel wie Trubel, Wirbel, Aufstand. Das trifft die Absicht ziemlich genau: Es soll unbotmäßig zugehen, es soll den Umständen entsprechend laute Töne geben, es soll vor allem das Gefühl der Gemeinsamkeit gestärkt werden. Gesungen wird auch mit Gästen und dem Publikum. 1070 Stiftg.8

Dienstag, 27.3.

Aktionsradius, 19,30, Podiumsgespräch mit Renata Schmidkunz und Seyran Ates/angehende Imamin und Rechtsanwältin. Eintritt 10,— euro, Anmeldung erforderlich, Ort wird bei Anmeldung bekanntgegeben.

office@aktionsradius.at, Tel. 332 26 94

Montag, 9.4.

Amerlinghaus: 20h.: Wilde Worte, Prosa und Kurzgeschichten mit Richard Weihs, zu Gast: Stefan Reiser, dem Wechsel zwischen Stadt und Land der Entfremdung ausgesetzt, stehen sie Neues entdeckend vor einer Bewährungsprobe.

Samstag, 28.4.

Aktionskonferenz "Nein zur Regierung der Industriellenvereinigung – für ein lebenswertes Österreich", Arbeiterkammer Linz



Bild der Woche

Bildtext: Heute hatte Erdoğan in Maras einen Auftritt. Auf die Bühne wird ein kleines Mädchen in Militäruniform geholt und der türkische Staatspräsident sagt wortwörtlich: "Masallah. Sie hat sogar eine türkische Fahne in ihrer Brusttasche. Wenn sie fällt und zur Märtyrerin wird, dann wird sie, so Gott will, damit bedeckt werden. Sie ist für alles bereit, nicht wahr?"

Bild und Text verdanken wir via Facebook Kerem Schamberger. Der ist als seriöser politischer Blogger bekannt und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung in München. Also wahrscheinlich sind das keine Fake News. Aber auch deswegen, weil man so etwas wohl kaum erfinden kann...

VORSICHT: kleingedrucktes

Die aktuellen Informationen verstehen sich als wöchentliches Diskussions-, Mitteilungs- und Nachrichtenblatt mit einem Termin- und Veranstaltungskalender. Weiters sollen Ideen und Informationen möglichst vieler Fortschrittlicher Gruppen, Initiativen und Personen weiterverbreitet werden. Jeder Artikel drückt lediglich die Meinung der unterzeichnenden Autoren und Autorinnen aus. Redaktionsmeldungen und technische Informationen können ungezeichnet bleiben.

Bedeutung der Kürzel: "akin" bedeutet einen Eigenbericht, "bearb." bezeichnen Artikel, die ohne weitere Recherche übernommen, aber sprachlich bearbeitet wurden, "gek." bezeichnet reine Kürzungen.

Die Redaktion besteht auf ihrer Autonomie und behält sich daher auch das Recht vor, Texte zurückzuweisen, zu kürzen oder zurückzustellen. Faschismen, Sexismen, Rassismen und Totalitarismen werden prinzipiell nicht gedruckt. Texte können aber teilweise oder komplett auch abgelehnt oder zur späteren

Veröffentlichung zurückgestellt werden, wenn sie beleidigend sind, nichts Neues respektive mittelmäßig enthalten, nicht, nur schwer oder nur einem Spezialpublikum verständlich oder rechtlich bedenklich oder überlang sind. Auch wenn durch eine Veröffentlichung ein unzumutbarer Schaden eintreten könnte, den die Redaktion sich zu verantworten außer Stande sieht, kann ein Abdruck unterbleiben. Ablehnungen können in der Akin mitgeteilt und begründet werden. Auf Verlangen einer solchen Begründung

wird eine solche obligatorisch abgedruckt. Es liegt an der Redaktion, zu entscheiden, ob ein Text in eine der oben angeführten Kategorien fällt. Sollte nach längerer Diskussion kein Konsens innerhalb der Redaktion zu erreichen sein, entscheidet die Mehrheit der anwesenden Redaktionsmitglieder. Diese sind jedoch gehalten, nach einer für alle tragbaren Lösung zu suchen. Stimmberechtigte Mitglieder sind nur regelmäßige MitarbeiterInnen der Redaktion. Abgelehnte Manuskripte können in der Redaktion

eingesehen werden.

Redaktionsschluss und öffentliche Redaktionssitzung: Montag, 18h. Jahresabonnement (etwa 28 Ausgaben): 70 Euro (bei BfS-Mitgliedern ist die Abogebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 70 Euro plus ein bisschen einer Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe. Akin per e-Mail (als reiner Text oder PDF oder beides): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Auf eurem Adressenetikett steht in der obersten Zeile der Ablauf eures bezahlten Abos (z.B. 17/12 = Dezember 2017).

IMPRESSUM: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin und Herstellerin: Bewegung für Sozialismus (föj), Belvedereg. 10, 1040 Wien. Nachdruck unter Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erbeten. Reproduktionen im Internet bitte unter Angabe unserer Webadresse oder des Deeplinks sowie Benachrichtigung per Mail. DVR-Nummer: 0557 021.

postadresse: Lobenhauerng. 35/2, 1170 Wien. **redaktionsadresse:** Dreyhausengasse 3, Kellerlokal, 1140 Wien. Telefon zu redaktionszeiten 0665 / 65 20 70 92, ansonsten 01 / 53 56 200 - mail akin.redaktion@gmx.at - archivhomepage <http://akin.mediaweb.at> - blog <https://akinmagazin.wordpress.com> - <https://www.facebook.com/akin.magazin> - twitter @akinmagazin - radio-podcast <https://cba.fro.at/series/akin>

Konto: bank austria, lautend auf: föj — Bewegung für Sozialismus, IBAN AT04 12000 223 102 976 00, BIC: BKAUATWW